

# Ungarisches Zensurgesetz unter Beschuss

Kaum ist am 1. Januar 2011 das neue Mediengesetz in Kraft getreten, hat die neue ungarische Medienaufsichtsbehörde NMHH bereits Verfahren gegen den Fernsehsender RTL Klub und den Radiosender Tilos Rádió eingeleitet. Weshalb dieses Gesetz selbst bei der sonst eher wenig kritischen EU-Kommission und bei den europäischen Medien zu einem Entrüstungsturm führt. [Klaus Rózsa\\*](#)



**PROTEST GEGEN UNGARISCHES MEDIENGESETZ** · Am 3. Januar erschien die zum Ringier-Konzern gehörende ungarische Tageszeitung «Népszabadság» mit diesem Titelblatt: «In Ungarn wurde die Pressefreiheit abgeschafft.» Der Text ist in den 23 in der EU benutzten Sprachen abgedruckt. Im Hintergrund das ungarische Parlament in Budapest, in dem das neue Gesetz beschlossen wurde.

Ein Gesetz, von dem verschiedene Versionen existieren, dessen endgültige Fassung wohl niemandem bekannt ist, das die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestatteten Regierungspartei Fidesz mitten in der Nacht, kurz vor Weihnachten, verabschiedeten, und dies, ohne genau zu wissen, welchem der über hundert von den Oppositionsparteien eingebrachten Abänderungsanträgen nun mit welchem Wortlaut zugestimmt worden war oder nicht; ein Gesetz, von dem zu guter Letzt die der EU-Kommission vorgelegte englische Version nur einer der möglichen Versionen entspricht.

Was soll, kann man von so einem «Gesetz» halten? Von einem Gesetz, das bei genauerem Hinsehen nicht als solches wirklich zu erschrecken vermag, sondern eher die Tatsache, dass es so schwammig und oft schludrig formuliert ist, dass es der Willkür Tür und Tor öffnet.

## MEDIENBEHÖRDE DARF RICHTER SPIELEN

Im ersten Teil der neuen Medien-gesetzgebung in Ungarn geht es um eine Verwaltungsreform, in der die Aufsichtsbehörde für Telekommunikation NHH mit der Fernseh- und Rundfunkaufsicht ORTT (die unter anderem auch für Frequenzvergaben zuständig war) fusioniert wurde. Die neue NMHH firmiert als «autonome Behörde der öffentlichen Verwaltung». Der Präsident der Behörde wird direkt vom Ministerpräsidenten ernannt, und zwar gleich für neun Jahre. Diese Position wurde besetzt mit Annamária Szalai, früher Journalistin beim Sexheftchen «Miami Press». Sie wurde gleichzeitig Präsidentin eines Medienrates,

dessen fünf Mitglieder alle der Fidesz angehören, also ebenfalls unter vollständiger Kontrolle der Regierungspartei stehen. Diese beiden Organe kontrollieren sämtliche strukturellen und finanziellen Belange der

## Die Angst vor staatlicher Bevormundung und die Unruhe in breiten Kreisen der Bevölkerung ist gross.

Medien, neben den öffentlich-rechtlichen Sendern MTV1 und MTV2, Duna TV und Magyar Rádió (Kossuth und Petöfi) auch die staatliche Nachrichtenagentur MTI. Die neue Medienbehörde NMHH ist mit einer Machtfülle ausgestattet, die sich nicht nur auf öffentlich-rechtliche Medien erstreckt, sondern auch auf private Print- und Onlinemedien. Dazu ist zu bemerken, dass es in

Ungarn keine «Zwangsgebühren» für Radio und Fernsehen gibt. Damit sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten – nebst den Werbeeinnahmen beim Fernsehen – von staatlichen Zuwendungen abhängig. Jede vorgängige Regierung hat es in den letzten 20 Jahren versäumt, ein vernünftiges Mediengesetz zu schaffen. Zu gross war jeweils die Versuchung, diesen Missstand für die Stärkung der eigenen Position zu missbrauchen. Zwar sind die öffentlich-rechtlichen Medien in vielen Ländern die Beute der jeweils Herrschenden (man betrachte nur Italien oder Frankreich), doch nirgends wurde dies so offensichtlich in ein Gesetz gepackt.

## QUOTEN FÜR MEDIENINHALTE?

Neben Behörde und Medienrat existiert auch eine Art Beisitzergremium für diverse gesell-

schaftliche Gruppen, das sich um ethisch-moralische Aspekte und inhaltliche Gewichtung der öffentlich-rechtlichen Medien in Ungarn kümmern soll. Grundlage seiner Tätigkeit soll eine in der neuen Verfassung zu verankernde Mediencharta sein, die eine inhaltliche Grundausrichtung der öffentlich-rechtlichen Anstalten vorgeben wird, die in der Förderung volksbildender und moralstärkender Inhalte bestehen soll; gemeint sind unter anderem Heimat, Familie, Traditionen, das Bild der Nation etc. Hier sind zum Beispiel Minimalquoten für ungarische Musik vorgesehen.

Ein weiterer Teil des neuen Gesetzes umfasst die Erhöhung von Strafen für «falsche Berichte» im Strafgesetz sowie Sanktionen, die direkt über die Medienbehörden verhängt werden können. Gerade dieser Passus gilt als umstrittenster des Gesetzes. Entscheidet eine politische Behörde erstinstanzlich über «falsche Berichte» und verhängt

# Es liegt nicht nur am tiefen Euro

Der Unternehmerverband Viscom behauptet, dass die zu hohen Arbeitskosten, der tiefe Eurokurs und die hohen Papierpreise die Hauptursachen für die angeblich zu schwache Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Druckindustrie seien. Aber es gibt noch andere wichtige Faktoren. [Hans-Peter Graf\\*](#)

Das «Wohlergehen» der Druck- und Medienbranche in der Schweiz und im übrigen Europa ist stark von der Höhe der jeweiligen Werbeinvestitionen abhängig. Also einerseits vom Umfang der Inserate in Zeitungen oder Zeitschriften und andererseits von den entsprechend schwankenden Druckaufträgen für Prospekte und andere Werbemittel. Wenn beispielsweise die Schweizer Uhrenindustrie ihr Auftragsvolumen von Hochglanz-Werbebrochüren stark zurückfährt, wie dies in den vergangenen zwei Jahren geschehen ist, dann geht den betroffenen Druckereien viel «gutes Geld» verloren. Die Bruttowertschöpfung der grafischen Industrie in der Schweiz kletterte im zweiten

und dritten Quartal des vergangen Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wieder in die positiven Bereiche (+3,1 beziehungsweise +2,5 Prozent). Im ersten Quartal 2010 hatte es gegenüber dem Vorjahr noch ein Minus von 5,4 Prozent gegeben. Im Gesamtüberblick musste 2009 aber ein Rückgang in der Höhe von gegen zehn Prozent hingenommen werden. Die strukturelle Krise der Druckindustrie auf gesamteuropäischer Ebene ist geprägt durch sehr hohe Überkapazitäten bei den Druckmaschinen. Diese wurden immer schneller und dank mehr Elektronik auch «intelligenter». Gleichzeitig nimmt aber seit längerer Zeit die durchschnittliche Auflagenzahl von Druckprodukten ab. Gewisse

Produkte sind zugunsten eines Auftritts im Internet sogar gänzlich aus den Druckereien verschwunden.

## ARBEIT UM (FAST) JEDEN PREIS

Diese Veränderungen verleiteten die Unternehmen europaweit dazu, mit bodenlos tiefen Dumpingpreisen um jeden Druckauftrag zu kämpfen. Um den Verlust bei den Margen dann wieder etwas abzumildern, werden die Beschäftigten je länger desto mehr unter Druck gesetzt, damit sie den von Unternehmenseite vorgeschlagenen «Rettungsmassnahmen», kurz: der Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, zustimmen.

Diese Situation ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb

sich auch der Importdruck von Druckerzeugnissen in die Schweiz erhöht hat – unterstützt durch den tiefen Eurokurs. Gerade die deutschen Druckunternehmen sind besonders bekannt für ihre aggressive Preispolitik. Es ist also nicht zufällig, dass die deutsche Druckindustrie allein im Jahr 2008 15 Prozent ihres Gesamtexportvolumens von 4,74 Milliarden Euro in die Schweiz exportieren konnte.

## WENN DER STAAT ARBEITEN INS AUSLAND VERGIBT

Für im Ausland gedruckte Druckerzeugnisse braucht es aber einen Auftraggeber oder eine Auftraggeberin. Zwei Beispiele: So wurde im Frühjahr 2010 der umfangreiche farbige Katalog für eine Ausstellung über die Reisen

der Schweizer Kunstsammlerin Emma Nodari im Castelgrande in Bellinzona im Auftrag verschiedenster öffentlicher Institutionen des Kantons Tessin nicht im Inland, sondern in Italien gedruckt.

Und den Grosseauftrag zum Druck der Schweizer Telefonbücher plant Swiscom Directories offenbar vom Jahr 2012 an einem deutschen Generalunternehmer zu übergeben und sie nicht mehr wie bisher in der Schweiz herstellen zu lassen. Aber eben, schuld sollen laut Viscom ja primär die zu hohen Löhne der Arbeitnehmenden sein ...

\* [Hans-Peter Graf](#) ist Zentralsekretär Grafische Industrie und Verpackungsdruck.

## FORTSETZUNG: UNGARISCHES ZENSURGESETZ

schwere Geldbussen, die existenzgefährdend sein können, ist es naheliegend, dass das Gesetz bei einer Einparteienbehörde nach politischen Kriterien ausgelegt werden kann.

## ERSTE PROTESTE

Radiomoderator Attila Mong und sein Redaktionsleiter gehörten zu den Ersten, die protestierten, am 21. 12. 2010 in der Morgensendung des öffentlich-rechtlichen Kossuth Rádió: «Es ist Viertel nach sechs. In der Nacht hat das Parlament das neue Mediengesetz verabschiedet. Dem neuen Gesetz nach darf ich nach einer Nachricht keine Meinung äussern. Deshalb werde ich nun in Absprache mit meinem Chef eine Minute lang schweigen.» Der Sender hat beide suspendiert. Der Vorwurf: Unprofessionalität und Verstoß gegen das Arbeitsgesetz. Mong vermutet vorausseilenden Gehorsam, die beiden Journalisten haben einen Anwalt genommen. Seither finden beinahe täglich «Schweigeminuten» vor dem Radiogebäude statt.

## WIDERSTAND IN

### DER ZIVILGESELLSCHAFT

Nicht nur vor dem Radio gibt es in Budapest Aktionen gegen das «Zensurgesetz». Überraschenderweise kamen die ersten Proteste aus StudentInnenkreisen. In sogenannten Flashmobs begehen sich AktivistInnen beispielsweise in U-Bahnen oder Shoppingcenter; alle haben einen

Kleber über dem Mund und versuchen trotzdem mit den Menschen zu sprechen: «Sehen Sie, mit zugeklebtem Mund ist ein Gespräch schlecht möglich.» Zu sehen sind diese Aktionen auch auf Youtube. Auf Facebook wurde eine Solidaritäts- und Protestseite eingerichtet. Innerhalb von zwei Wochen haben schon über 60000 Leute die Online-Petition gegen das Gesetz unterschrieben. Auch für eine erste grössere Demonstration wurde vor allem via Internet mobilisiert. Mehrere Tausend Personen, darunter auch zahlreiche ältere Semester, nahmen an dieser Manifestation teil. Am 14. Januar fanden zeitgleich in Wien vor der ungarischen Botschaft und in Budapest vor dem Parlament

sowie in der letztjährigen europäischen Kulturstadt Pécs, Grosskundengebungen statt. Auf der Facebook-Seite hatten in der zweiten Januarwoche schon über 5000 Leute ihre Teilnahme zugesichert.

Dies zeigt, dass die Angst vor einer staatlichen Bevormundung und die Unruhe in breiten Kreisen der Bevölkerung gross ist. Die Jungen sind mit den neuen Medien aufgewachsen, sie wissen diese zu nutzen und werden nicht zulassen, dass ihnen diese Vielzahl von Internetportalen und Blogs streitig gemacht wird.

## JOURNALIST\*INNEN PROTESTIEREN

Daneben gibt es auch die beiden grossen «N», die wichtigste politische Tageszeitung Ungarns,

die linksliberale «Népszabadság» (Volksfreiheit) und die gewerkschaftsnahe «Népszava» (Volksstimme). Die «Népszabadság», die sich übrigens im Besitz des Ringier-Konzerns befindet, gehört zusammen mit der «Népszava» zu den führenden Medien, die sich gegen das neue Mediengesetz wenden. Die Journalist\*innen müssen sich hier zumindest nicht vor ihrem Chef fürchten, haben sie doch Rückendeckung von Chefredaktor Károly Vörös, der sich an einer Redaktionskonferenz folgendermassen äusserte: «Meine lieben Kollegen, mit diesem Gesetz ist für uns eine neue Situation zustande gekommen, aber ich erwarte von euch, dass ihr weiter so arbeitet wie bisher. Weil das Ziel gerade ist, Angst zu schaffen unter den Journalisten, und das dürfen wir nicht erlauben.»

Nicht überall kommt hingegen der Protest von gewissen Ländern und Personen gut an. Hier und da wird geäussert, die Empörung über das ungarische Mediengesetz sei heuchlerisch. So kann sie eine willkommene Ablenkung vom Umgang mit der Wikileaks-Affäre sein: Die US-Behörden verlangten gerade dieser Tage von Twitter die Herausgabe persönlicher Daten von Wikileaks-UnterstützerInnen, nachdem diese Behörden gar Internetseiten gesperrt haben, da sie Wikileaks-Dokumente veröffentlichten. Oder Frankreich: Dort hetzte Ministerpräsident Sarkozy den Geheimdienst auf missliebige JournalistInnen.

\* [Klaus Rózsa](#) ist Fotograf und Multimediaproduzent in Ungarn und der Schweiz. Er war seit der Gründung bis 2006 Präsident des Sektors Presse und Comedia.



## Wendehälse

### ZITATE AUS DER REDAKTIONSERKLÄRUNG DER «NÉPSZABADSÁG»

«Wenn die neuen Vorschriften einsickern in den Alltag der ungarischen Zeitungsmacher, der Onlineredakteure, Radio- und Fernsehjournalisten. Wenn die Angst vor staatlichen Sanktionen oder wirtschaftlichen Einbussen immer grösser wird. Wenn mit jedem Tag die Tendenz zur Selbstzensur wächst, dann ist es zu spät.» (...) «Dieser Druck wurde wohl gemerkt ausgerechnet von jener Regierung ganz bewusst in ein Gesetz gegossen und durch eine Behörde institutionalisiert, deren Hauptvertreter zu Zeiten des Sozialismus noch lautstark freie Meinungsäusserung, Freiheit für die Presse forderte. Ein bittersaurer Treppennwitz der Geschichte.»